

## Klagen gegen Kiesabbau geplant

Einige Kommunen am Niederrhein wollen die fortschreitende Gewinnung des begehrten Rohstoffs auf juristischem Wege einschränken. Im neuen Regionalplan würden viel zu große Gebiete ausgewiesen, es drohe Flächenfraß.



Kiesabbau am Niederrhein im Rheinberger Stadtteil Budberg. FOTO: ARMIN FISCHER

VON REINHARD KOWALEWSKY

**DÜSSELDORF/WESEL** | Der Kreis Wesel will dagegen klagen, dass große Gebiete dem Kiesabbau zur Verfügung gestellt werden, so wie es im neuen Regionalplan Ruhr vorgesehen ist. Die Klage würde von den vier Städten Hamminkeln, Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn, Rheinberg sowie den Gemeinden Alpen und Hünxe unterstützt. Das erklärten bei einer Pressekonferenz Christoph Landscheidt, Bürgermeister von Kamp-Lintfort (SPD) und Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW, sowie Ingo Brohl (CDU), Landrat für den Kreis Wesel. Ihnen zur Seite stand der Verwaltungsrechtler Martin Beckmann,

der in einem mehr als 100 Seiten dicken Gutachten festgehalten hatte, dass die geplanten Kiesregeln im Regionalplan Ruhr „rechtswidrig und damit rechtsunwirksam“ seien.

Landscheidt erinnerte daran, dass die Kommunen im Jahr 2022 bereits vor dem Oberverwaltungsgericht Erfolg gehabt hatten, als die frühere schwarz-gelbe Koalition den Versorgungszeitraum für geplanten Kiesabbau von 20 auf 25 Jahre verlängert habe. Nun sei man „bitter enttäuscht“ über die neue schwarz-grüne Landesregierung. Diese habe im Koalitionsvertrag vereinbart, dass der Kiesabbau im Sinne eines „Degressionspfades“ sinken solle, tatsächlich geschehe das Gegenteil: „Der neue Regionalplan, den der Regionalverband Ruhr (RVR) im November beschlossen und jetzt der Ministerin zur Genehmigung vorgelegt hat, erlaubt die Ausbeutung und Zerstörung von weiteren 932 Hektar unberührter Flächen für die nächsten 21 Jahre.“ Er lehne dies ab: „Durch den ungebremsten Flächenfraß der Kiesindustrie sind schon heute große Teile der niederrheinischen Kulturlandschaft unwiderruflich zerstört. Zurück bleiben in der Regel riesige unzugängliche Wasserflächen, die der Bevölkerung und insbesondere der Landwirtschaft dauerhaft entzogen werden.“

Gutachter Beckmann sagte, es sei rechtswidrig, dass beim neuen Regionalplan der künftige Bedarf an Kiesabbau hergeleitet werde, indem die Zahlen der vergangenen Jahre in die Zukunft extrapoliert worden seien. Es habe keine angemessene Abwägung zwischen den Interessen der Industrie sowie Umweltinteressen gegeben. Das Gutachten sei „eine schallende Ohrfeige für den RVR und für das Wirtschaftsministerium als Oberste Landesplanungsbehörde“, so Bürgermeister Landscheidt, der auch Professor für Wirtschaftsrecht ist. Die Kommunen hätten das Gutachten NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubauer (Grüne) schon im Dezember vorgelegt, doch bisher gäbe es keinerlei Anzeichen dafür, dass der Regionalplan geändert werden solle oder dass das Thema Kiesabbau in einen Extraplan ausgliedert werde.

Landrat Brohl machte klar, dass eine Klage kommt, falls der Regionalplan wie erwartet im Februar vom Land abgenickt werde: „Die Landesplanungsbehörde als letzte Instanz vor einem Gang nach Münster hat noch immer die Chance zum Einlenken.“ Es gehe um viel: „Die unverhältnismäßige Kiesabbauplanung des Regionalverbandes Ruhr würde dauerhaft beste Böden für gute Lebensmittelerzeugung und Versorgungssicherheit vernichten. Sie widerspricht

jedem Nachhaltigkeitsgedanken sowie einem ausgewogenen Umgang mit endlichen Ressourcen.“ Es gehe nicht darum, den Kiesabbau einzustellen, aber deutlich zu bremsen.

Heide Naderer, NRW-Vorsitzende des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu), unterstützt die Haltung der Kommunen: „Es gilt, den Flächenverbrauch dringend einzuschränken und naturverträgliche Maßnahmen des Rohstoffrecyclings verstärkt zu nutzen.“

Eine völlig entgegengesetzte Haltung hat Sascha Kruchen, Geschäftsführer der Initiative Niederrhein, in der sich die Unternehmen der Kies- und Sandindustrie zusammengeschlossen haben. Es habe einen breiten und mehrjährigen Dialog zum Regionalplan gegeben, der am Ende eine breite Zustimmung im Ruhrparlament gefunden habe. Für ein Industrieland wie NRW sei es von „essenzieller Bedeutung“, dass Baurohstoffe wie Sand und Kies national und regional verfügbar seien. Dies sei auch wichtig, um neue Baumaßnahmen für den Klimaschutz durchführen zu können. Kruchen warnt vor einer Klage.

Das NRW-Wirtschaftsministerium erklärt, die Proteste gegen den Kiesabbau seien „nachvollziehbar“. Aber das Land müsse abwägen zwischen dem Schutz von Landschaft und Landwirtschaft sowie dem Ziel, Rohstoffe für den Bau von Infrastruktur zu haben.

## INFO

### **Warnung der Industrie- und Handelskammer**

**Versorgungssicherheit** Jürgen Kaiser, Geschäftsführer der IHK Niederrhein, warnt vor einer Klage: „Es ist wichtig, dass unsere Unternehmen verlässliche Bedingungen bekommen. Besonders in diesen unsicheren Zeiten.“

**Einsatzbereiche** Der Kiesabbau sei wichtig für die Wirtschaft in der Region: „Kies und Sand sind unerlässlich für Brücken, Windanlagen und dringend benötigte Wohnungen; übrigens auch für die Sanierung unserer Deiche.“ Der Einsatz von Recycling-Material sei „nur bedingt möglich“.